



002.21

München, 5. Januar 2021

Arbeitsmarkt im Dezember 2020

Arbeitsministerin Trautner: „Der einsetzende Winter lässt die Arbeitslosigkeit in Bayern zum Jahresende 2020 leicht steigen. Bayern ist im Jahresdurchschnitt 2020 das einzige Bundesland unter vier Prozent“

Der Winter hält Einzug am bayerischen Arbeitsmarkt. Gleichzeitig hat auch die Corona-Pandemie den Arbeitsmarkt in Bayern weiterhin fest im Griff. „Steigende Arbeitslosenzahlen sind mit dem einsetzenden Winter zwar saisonüblich, der aktuelle Lockdown macht aber einzelnen Branchen weiterhin schwer zu schaffen“, kommentiert Bayerns **Arbeitsministerin Carolina Trautner** die heute veröffentlichten Arbeitsmarktzahlen. Gegenüber dem Vormonat November stieg die Zahl der Arbeitslosen 2020 leicht um 4.385 Personen. Gegenüber dem Vorjahr verzeichnet Bayern jedoch einen deutlichen Zuwachs von 66.646 Arbeitslosen. „Wie zu erwarten war, macht sich die Corona-Pandemie auch in der Jahresdurchschnittsquote für das Jahr 2020 bemerkbar. Diese ist mit 3,6 Prozent um 0,8 Prozentpunkte höher als im Jahr 2019. Trotz aller Widrigkeiten beendet Bayern das Jahr 2020 aber als bestes und einziges Bundesland mit einer Jahresdurchschnittsquote unter vier Prozent“, so Ministerin Trautner.

„Die Ende Dezember begonnenen Corona-Impfungen machen Hoffnung auf ein Ende der Pandemie und sind ein Lichtblick für Konjunktur und Arbeitsmarkt. Dennoch müssen wir uns darauf einstellen, dass Corona den bayerischen Arbeitsmarkt auch im Jahr 2021 weiter belasten wird,“ bewertet Trautner die aktuelle Situation. „Es war richtig, frühzeitig die Weichen für die Verlängerung der Kurzarbeitergeld-Sonderregelungen auch für das neue Jahr zu stellen. Dies verschafft Planungssicherheit und hilft den Betrieben, weiter durch die Krise zu kommen und Beschäftigung zu stabilisieren. Nicht zuletzt mit Hilfe der Kurzarbeit liegt die Beschäftigung in Bayern mit gut 5,7 Mio. sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern weiterhin hohem Niveau“, macht die Ministerin deutlich.

Kontraproduktiv sind aber überzogene Mindestlohnforderungen zur Unzeit und überzogene bürokratische Belastungen: „Erst vor wenigen Monaten wurde beschlossen, den Mindestlohn stufenweise auf 10,45 Euro bis Mitte 2022 anzuheben. An diesem Beschluss sollte gerade jetzt nicht gerüttelt werden, er geht auf die Empfehlung der sozialpartnerschaftlich besetzten Mindestlohnkommission zurück. Wichtiger wäre vielmehr, das Mindestlohngesetz schleunigst um unverhältnismäßige Bürokratie zu entrümpeln. Nur so tragen wir zu einer nachhaltigen Beschäftigungssicherung bei“, so die Ministerin abschließend.

Im Dezember 2020 waren in Bayern 275.067 Menschen arbeitslos gemeldet. Die Arbeitslosenquote blieb damit im Vergleich zum Vormonat unverändert bei 3,6 Prozent.

